

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreise mit dem täg. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.25 M. unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 1.50 M. — Verschieden täg. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage

Redaktion: St. Jungferstraße 14, II. Tel. 2423.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: St. Jungferstraße 14 Tel. 1769.
Verkaufsstelle von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Druckerei werden die Einzelnummern mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Versandanzeigen 20 Pf. Internat. Anzeigen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 290.

Dresden, Freitag den 15. Dezember 1911.

22. Jahrg.

Die Antwort der deutschen Sozialdemokratie auf die englische Friedensadresse.

Genosse Bebel hat an den Vorsitzenden der englischen Arbeiterpartei, Abg. Genossen Macdonald, folgendes Schreiben gerichtet:

Büch. 14. Dezember 1911.

Fremde und Parteigenossen!

Als Ihr am 8. d. M. Eure Adresse an die sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstags beschloß, war die letzte Session des Reichstags. Unmittelbar darauf folgte die Auflösung des Reichstags.

Die nicht mehr bestehende sozialdemokratische Fraktion des Reichstags kann daher Eure Adresse nicht beantworten. Dagegen glaube ich, als ihr ehemaliger Vorsitzender, Eure Adresse im Sinn und Geist der Fraktion beantworten zu dürfen, überzeugt, daß ich damit in vollem Einverständnis mit ihr handle.

Wir teilen voll und ganz die Gesinnungen, die Ihr in Eurer Adresse zum Ausdruck bringt. Wir werden im Gegenzug zu einflussreichen Kreisen innerhalb unserer herrschenden Klassen alles aufbieten, um den Frieden zwischen zwei Kulturvölkern, wie es das englische und deutsche sind, aufrechtzuerhalten.

Solten ernstliche Differenzen aus dem Gegensatz gewisser wirtschaftlicher oder politischer Interessen entstehen, so werden wir gleich Euch unsere ganze Kraft dafür einsetzen, daß diese auf dem Wege friedlicher Verständigung geschlichtet werden.

In erster Linie werden wir es als unsere Pflicht betrachten, dem Vertrauen zu Wasser und zu Lande mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Wir werden dementsprechend kein Mittel unversucht lassen, in dem eben erwähnten Wahlkampf die Wähler Deutschlands darüber aufzuklären, was für ein furchtbar verhängnisvolles Ereignis ein Krieg zwischen England und Deutschland sein würde, der in Monaten geführt, was in Jahrzehntelanger Kulturarbeit im friedlichen Wettbewerb der beiden Völker aufgebaut wurde.

Dazu läßt die Natur abgewartende Gefahr, daß ein Krieg zwischen England und Deutschland das Signal zu einer europäischen Völkerverheerung gäbe, deren verhängnisvolle Wirkungen niemand zu ermessen vermag. Die Arbeiterklasse, die auf dem Schlachtfeld der Industrie und des Handels Jahr um Jahr ungeschätzte Opfer an Mensch und Geld bringt, muß im Interesse ihrer Ausbeuter, ledig kein Verlangen, auch nach den imperialistischen Wünschen ihrer herrschenden Klassen zu gehen, noch viel größere Opfer zu bringen.

Kann die bürgerlich-kapitalistische Welt nicht mehr ohne Völkerverheerung bestehen, dann ist es Zeit, daß sie einer anderen sozialen Ordnung Platz mache, in der Frieden, Freiheit und menschliches Glück nicht mehr der Spiel einer Minderheit nach immer größerer Macht und immer größerem Reichtum geopfert werden.

Wir brüderlichen Gruß und Dank
H. Bebel.

Die Beuteluft der Zarenregierung.

Die russische Diplomatie entfaltet in der letzten Zeit eine geradezu unheimliche Tätigkeit. Nachdem sie die persische Frage in ihrem vollen Umfang aufgerollt hat, führt sie nun auch Verhandlungen über die Deffnung der Dardanellen für die russische Kriegsmarine. Der russische Minister des Auswärtigen, Sazonow, der sich längere Zeit vollkommen von den Geschäften ferngehalten hat, ist infolge der ersten Fragen, die nun aufgerollt sind, nach Paris gereist, und soll auch nach London gehen, um mit Sir Edward Grey wegen der schwebenden Fragen endgültig zu unterhandeln. Obwohl die Frage der Freigabe der Dardanellen keine neue Forderung der russischen Diplomatie ist, und obwohl auch jetzt wenig Hoffnung vorhanden ist, daß sich diese Frage ohne weiteres in einem für Russland günstigen Sinne wird entscheiden lassen, hat die russische Diplomatie die für sie günstige internationale Konjunktur zur Ausrollung dieser Frage benützt, um bei der Regelung der persischen Frage England und der Türkei gegenüber noch eine Karte in Händen zu haben. Bekanntlich hat Russland die Dardanellenfrage auch während der bosnischen Krise aufs Tapet gebracht; der damalige Minister Iswolski hat bei seiner bekannten diplomatischen Tournee durch Europa auch diese Entschädigungsforderung Russlands mit sich geführt, aber alle Bemühungen der russischen Diplomatie scheiterten an dem Widerstand Englands. Auch jetzt ist es zweifelhaft, ob England der russischen Forderung nach Freigabe der Dardanellen zustimmen wird, denn da gleichzeitig gefordert wird, daß die Einfahrt durch die Dardanellen den anderen Staaten versagt bleibt, so muß die Lösung dieser Frage in einem für Russland günstigen Sinne nicht nur eine gewaltige Verschiebung in den Seemachtsverhältnissen am Mitteländischen Meer herbeiführen, sondern auch die Stellung Russlands in Vorderasien und am Balkan enorm stärken. Es ist begreiflich, daß diese Ansprüche Russlands vor allem der Türkei schmerzhaft zum Bewußtsein kommen. Das jungtürkische Organ *Jeni Sazetta* schreibt, die Annahme des russischen Vorschlags würde die Türkei zu einer einfachen Provinz unter dem Protektorat Russlands herabdrücken. Die türkische Regierung selbst lehnt es ab, die Meerengenfrage allein zu entscheiden, und beantragt die Mitwirkung der Signatarstaaten des Berliner Vertrags. Hinsichtlich der „Kompensationen“, die Russland der Türkei

für die Freigabe der Dardanellen geboten, ist bekannt, daß Russland die Türkei zur Regelung der persischen Frage heranziehen und ihr Gebiete am Urmiosee zugestehen will. Wie die Frankfurter Zeitung meldet, will Russland als Entgelt auch den seit zehn Jahren bestehenden Vertrag mit der Türkei aufheben, der der türkischen Regierung Bahndbauten in der Zone des Schwarzen Meeres verbietet, und endlich eine Anzahl von Konzessionen am Balkan geben. Wie verlockend alle diese Versprechungen auf den ersten Blick auch erscheinen, so können sie die Türkei doch keineswegs über die Tatsache hinwegtäuschen, daß sie durch die Freigabe der Dardanellen zum Vasallen Russlands herabstinken und auch ihre strategische Stellung in Armenien enorm verschlechtern würde. Für die jetzige Situation ist natürlich am charakteristischsten, daß Russland diesen enormen Komplex von Fragen aufgerollt hat, um bei seinem Vorgehen in Persien einen Druck auf die Türkei auszuüben.

Zur Lage in Persien selbst ist zu verzeichnen, daß das Vordringen der russischen Truppen nach Teheran sich verlangsamt hat. Der Grund dafür ist in der immer stärker anschwellenden Protestbewegung zu suchen, die die englischen politischen Kreise ergreifen hat. Zu der Unzufriedenheit der liberalen Handeltreibenden und der um die strategische Stellung in Indien besorgten militärischen Kreise, die mit Lord Curzon an der Spitze gegen die englische Politik in Persien protestieren, ist zuletzt noch das Mißtrauen der regierungstreuen englischen Organe hinzugekommen, denen es doch, angesichts der bevorstehenden Einnahme Teherans, der Auflösung des persischen Parlaments und der Übernahme der persischen Verwaltung durch Russland, nicht recht geheuer geworden ist. Selbst die Times, die bisher mit dem russischen „Fremde“ durch die dünn gegangenen sind, lassen nun deutlich ihr Mißtrauen merken und schreiben, daß sie sich nichts Unglücklicheres für den Glauben an Russland vorstellen können, als die Rückkehr des Eschahs. Das hindert indessen die russischen Regierungsorgane nicht, nach wie vor für Mohammed Ali Stimmung zu machen, der, wie aus Odessa berichtet wird, im Rücken der russischen Truppen aufsteht und von ihnen gebet mit seinen Horden gegen Teheran vorzudringen.

Der russische Minister des Auswärtigen, Sazonow, hat jüngst dem Korrespondenten des Daily Telegraph, Dr. Dillon, erklärt, die russische Regierung habe ihren Schritt in Persien unter Zustimmung von Männern aller Parteien in Russland unternommen. Dies ist natürlich eine faulstiche Lüge, wie sie nur russischen Ministern glatt von der Zunge gehen kann. Die Vertreter der Sozialdemokratie und die radikalen Bauernabgeordneten haben nie ein Wort daraus gemacht, daß sie als die Vertreter der breiten Volksmassen gegen die infame Eroberungspolitik der Regierung energisch protestieren. Auch die Organe der Arbeiterpartei haben trotz mancher Schelte und Halbheiten eine der persischen Politik ablehnende Haltung eingenommen. Wichtig ist allerdings, daß die übrigen Parteien, beginnend mit den erwerbungs- und abenteuerlustigen Vertretern des Junkertums, bis zu den großkapitalistischen Kreisen, eine enorme Begeisterung für das persische Abenteuer entfalten. Es ist kein Zufall, daß nicht bloß die orthodoxe Presse, sondern auch die Wirschewski Wedomosti, das Organ der „liberalen“ Handelsbourgeoisie, dafür eintritt, daß Russland „mit bewaffneter Macht“ die Ruhe in Persien wiederherstelle. Die russische Bourgeoisie betrachtet eben Persien als den wichtigsten ihrer auswärtigen Märkte, und da sie mit Recht befürchten muß, daß sie weder der englischen Konkurrenz noch der Konkurrenz anderer europäischer Staaten standhalten könne, unterstützt sie das Vorgehen der Regierung, die auf die mehr oder minder offene Okkupation Nordpersiens hinauszielt.

Unabhängig von dem Vordringen Russlands im nahen Orient stehen die Schritte, die die russische Diplomatie im fernem Osten vorbereitet. Es wurde schon früher darauf hingewiesen, daß die Nowoje Wremja zugleich mit dem ostbrasilischen Ostjagos Gotos Mostowits die Forderung aufstellte, die chinesische Revolution zu russischen Gebietserweiterungen im fernem Osten auszunutzen. Es sind auch inzwischen von der russischen Regierung bestimmte Schritte China gegenüber unternommen worden. Nun tritt Menschikow in der Nowoje Wremja mit dem Vorschlag hervor, Russland solle die Initiative zur Lösung der chinesischen Frage ergreifen, da es des Bündnisses mit England und Frankreich und der Freundschaft Deutschlands sicher sei. Und einige Tage später tritt das offiziöse Blatt mit ganz konkreten Vorschlägen in der mongolischen Frage hervor. Von der Ansicht ausgehend, China sei kein Einheitsstaat, sondern ein Staatenbund, begründet die Nowoje Wremja die längst erfolgte Unabhängigkeitserklärung der Mongolei und verlangt nichts weniger, als daß Russland die Schutzherrschaft über die Mongolei erkläre. Aus diplomatischen Kreisen wird dem Blatt mitgeteilt, daß das Ministerium des Auswärtigen Mitteilungen über die Rückkehr des Dalai Lama, des Hauptes der tibetischen Geistlichkeit, nach Lhasa erhalten habe. Diese Rückkehr werde für die Mongolei von ungeheurer Bedeutung sein, und Russland könne in dem Dalai Lama einen treuen und überzeugten Anhänger sehen. Aus der Haltung der ostjagoschen Presse ist deutlich ersichtlich, daß die nächsten Wochen auch auf dem Gebiete der ostasiatischen Politik Russlands Überraschungen von gewaltiger Tragweite versprochen.

Zur Kriegslage in Tripolis.

11. Rom, 13. Dezember. Kein strategisch betrachtet hat der nordafrikanische Krieg in dem ersten Drittel dieses Monats einen wesentlichen Fortschritt des italienischen Okkupationsheeres gebracht. Die Lage ist jetzt so gut wie ganz von Türken und Arabern beherrscht, was die Besetzung von den täglichen Scharmühen mit den auf den Palmen und in den Häusern verborgenen Eingeborenen befreit. Mehrere Araberstämme von südwärts gelegenen Cafen haben sich unterworfen, was allerdings nicht allzuviel zu sagen hat, da sich die Muselmänner durch an Christen gegebene Versprechen nicht für gebunden halten. Am 8. Dezember ist zum ersten Male die Neutralität Englands, die früher eine regelmäßige Verbindung zwischen Singara und Tripolis herstellte, wieder abgegangen. Sie bestand aus 275 Kamelen und 150 Maultieren in Begleitung von vielen Eingeborenen und unter der Bedeckung von 2000 Mann Soldaten. Auf ihrem Rückwege brachte sie zahlreiche arabische Gefangene mit, die nach Italien gefandt werden sollen. Die Karawane verlor jetzt ihren Dienst täglich. Es scheint, daß die jüngsten Vorstöße der Italiener die Lage der Türken wesentlich verschlechtert haben. Die Türken haben den größten Teil ihrer Geschütze eingebüßt und sollen kaum imstande sein, ihr Heer angemessen zu versorgen. Trotz der Neutralität Englands gehen ihnen aber von der ägyptischen Grenze aus behändig Verstärkungen zu. Es heißt auch, daß sie von dort aus mit neuen Geschützen versehen worden seien.

Mit großer Genugtuung nimmt die nationale Presse und die liberale Presse die Entschädigung des Gouvernements zur Kenntnis, die wegen Verrats zum Tode verurteilten Araber durch den Strang hingurichten. Der liberale Corriere d'Italia schreibt geradezu, daß das Aufhängen von 14 Arabern das italienische Vorkriegs unter den Eingeborenen sehr gehoben hat. Es ist zweifellos für eine Kultur- und eine große Genugtuung, durch den Selgen ihr Prestige unter einer barbarischen Bevölkerung gehoben zu sehen; auch gereicht es einem furchtsamen Volke zur Ehre, daß es für eine derartige Hebung Verständnis zeigt.

Die strategischen Fortschritte der Italiener erhöhen leider gar nicht die Aussichten auf baldigen Frieden. Wie wir wiederholt hervorgehoben haben, ist die Türkei selbst durch eine wichtige Schlacht in Tripolis nicht bereit zu treffen, daß sie sich zum Frieden gezwungen sieht. Der Zwang müßte durch die internationale Diplomatie ausgeübt werden, und diese scheint jetzt auf ganz andere Dinge gerichtet als auf den Frieden. Verschiedene gut informierte italienische Blätter erheben aus Konstantinopel, daß die durch den Krieg gesteuerte Verfahrtheit der osmanischen Regierung von auswärtigen Kapitalisten zum Abschluß zahlloser Geschäfte benützt werde, wobei die Gesandtschaften und Konsulate der verschiedenen Mächte Vermittlerdienste nicht verschmähen. Konzeptionen und Lieferungen sind in großer Zahl vergeben worden, von großen Bestellungen von Kriegsmaterial ganz abgesehen. Solange aber der Krieg so vielen zum Vorteil gereicht, darf er kein Ende finden, wie sehr sich auch die kriegführenden Mächte selbst nach Frieden sehnen.

Es heißt, daß eine Anzahl italienischer Hoteliers in Tripolis große Hotels einrichten werden, um diese Gegenden als Touristenkurorte auszunutzen. Es soll mit Bewilligung der Regierung ein Trakt der Hotelbesitzer zu diesem Zweck in Vorbereitung sein. Die Nachricht hat in den sizilianischen Kurorten, namentlich in Taormina, nicht geringe Befürchtungen erweckt, ist aber vor allem für die Türkei interessant, die Tripolis als gelobtes Land der italienischen Auswanderung ansah. Für italienische Proletarier wird das bitter wenig Raum bleiben, wenn sich die Hotelbesitzer Italiens, die bekanntlich in der größten Mehrzahl Schweizer sind, in Tripolis heimisch machen. Es hat ja damit noch gute Weile, aber als Vorsehmad der Früchte des „nationalen Krieges“ ist dieser Vorstoß des schweizerischen Kapitals der Beachtung wert. Allerdings wird man froh sein können, wenn sich mit der Luft in Tripolis etwas anfangen läßt; mit dem Erdboden scheint nicht allzuviel zu machen zu sein. Ein Landwirt, der als Unteroffizier in Tripolis war, hat wenigstens dem Genueser *Quotidiano* erklärt, daß der Boden zu nichts anderem zu gebrauchen sei, als um die Toten zu bestatten. Was an fruchtbarem Lande da wäre, befände sich längst in fremden Händen.

Wenn der Wert der Eroberung also sehr zweifelhaft ist, so sind die Kosten um so sicherer und greifbarer. Gibt man doch jetzt die Zahl der Todesopfer der Schlachten des 28. und 29. Oktober auf nahezu 1000 an, die der Verwundeten auf über 1000! Und nachdem man mit Blut bezahlt hat, wird man noch viel, sehr viel mit Geld bezahlen müssen. Vorläufig ist durch königliches Dekret die Zahl der italienischen Armeeabteilungen von 12 auf 13 erhöht worden, aber man kann mit einiger Bestimmtheit darauf rechnen, daß ein 14. folgen wird. So fordert der Krieg heute einen ungeheuren Kraftaufwand, um für die Zukunft die Anwartschaft auf weitere Opfer zu geben. Die Enttäuschungen werden nicht auf sich warten lassen.

Weitere Gewaltmaßnahmen in Tripolis.

Rom, 14. Dezember. Der Statthalter von Tripolis, General Salsa, ließ mehrere Notabeln verhaften, weil dieselben Mitglieder des jungtürkischen Komitees sind. Einige von ihnen wurden gegen die ehrenwörtliche Versicherung, aus dem jungtürkischen Komitee ausgetreten, wieder in Freiheit gesetzt, die anderen sollen nach Tripolis ausgewiesen werden.

Italienische Kriegskisten.

Rom, 14. Dezember. Die *Allegria* Stefani gibt die bedauernde Veröffentlichung eines Dekretes bekannt, durch das bis zum 31. Dezember ein weiterer außerordentlicher Kredit von 25 Millionen Lire für den libanesischen Feldzug bewilligt wird. Wenn man die dem Kriegs- und dem Marineministerium bisher zur Verfügung gestellten

unter modernen er gefordert war, nicht vernünftigen konnte, hat die russische Diplomatie die für sie günstige internationale Konjunktur zur Ausrollung dieser Frage benützt, um bei der Regelung der persischen Frage England und der Türkei gegenüber noch eine Karte in Händen zu haben. Bekanntlich hat Russland die Dardanellenfrage auch während der bosnischen Krise aufs Tapet gebracht; der damalige Minister Iswolski hat bei seiner bekannten diplomatischen Tournee durch Europa auch diese Entschädigungsforderung Russlands mit sich geführt, aber alle Bemühungen der russischen Diplomatie scheiterten an dem Widerstand Englands. Auch jetzt ist es zweifelhaft, ob England der russischen Forderung nach Freigabe der Dardanellen zustimmen wird, denn da gleichzeitig gefordert wird, daß die Einfahrt durch die Dardanellen den anderen Staaten versagt bleibt, so muß die Lösung dieser Frage in einem für Russland günstigen Sinne nicht nur eine gewaltige Verschiebung in den Seemachtsverhältnissen am Mitteländischen Meer herbeiführen, sondern auch die Stellung Russlands in Vorderasien und am Balkan enorm stärken. Es ist begreiflich, daß diese Ansprüche Russlands vor allem der Türkei schmerzhaft zum Bewußtsein kommen. Das jungtürkische Organ *Jeni Sazetta* schreibt, die Annahme des russischen Vorschlags würde die Türkei zu einer einfachen Provinz unter dem Protektorat Russlands herabdrücken. Die türkische Regierung selbst lehnt es ab, die Meerengenfrage allein zu entscheiden, und beantragt die Mitwirkung der Signatarstaaten des Berliner Vertrags. Hinsichtlich der „Kompensationen“, die Russland der Türkei